Abendausgabe

Nr. 80 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 40

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
17. Februar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Sozialdemokratie und Volksentscheid.

Eine unmißverständliche Erklärung.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde heute die Generaldebatte über die Fürstenforderungen fortgesetzt. Es sprachen u. a. die Abgg. Dr. Bell (Z.), Pfleger (Bayr. Vp.), Frick (völk.) und Neubauer (Komm.) Auf eine Anzapfung des letzteren gab Genosse Dr. **Rosenfeld** folgende unzweideutige Erklärung ab:

Die Frage des Abg. Neubauer, wie die Sozialdemokratische Partei zum Volksentscheid, zur entschädigungslosen Enteignung und zum Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien steht, gibt mir willkommenen Anlaß, den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei darzulegen. Wir haben selbst im Rechtsausschuß einen Antrag eingebracht, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordert und wir werden alles tun, diesem Antrage zur Annahme zu verhelfen. Den Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien werden wir, wie bisher, zunächst zu verbessern suchen, wie wir ja auch sonst bei allen Gesetzentwürfen uns bemühen, ihre Gestaltung nach Möglichkeit zu beeinflussen. Ob wir in der Lage sein werden, für den veränderten Kompromißantrag zu stimmen, wird davon abhängen, inwieweit es uns gelingen wird, unsere Abänderungswünsche durchzusetzen. Wir werden zu dem Kompromißantrag erst Stellung nehmen, wenn seine endgültige Formulierung feststeht. **Der Volksentscheid hat mit den Beratungen im Rechtsausschuß nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokratische Partei hat ihn beantragt und sie wird ihn selbstverständlich durchführen.** Ich hoffe, daß diese klare Erklärung über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei von dem Abg. Neubauer an die ihm nahestehende Presse weitergegeben wird und daß nunmehr alle Mißdeutungen und Unterstellungen unterbleiben, durch die nur Argwohn gegen die Sozialdemokratische Partei hervorgerufen werden soll. Ein Grund hierzu liegt nicht im geringsten vor. Der Volksentscheid geht seinen Gang.

Der Vertreter des Zentrums, Dr. Bell, sprach sich für eine Lösung auf der mittleren Linie aus. Er bezeichnete es als einen Erfolg der Ausschußberatung, daß allmählich ein gewisser Ausgleich gefunden sei zwischen der starren Ablehnung jedes Eingriffs in das formale Recht und der Forderung entschädigungsloser Enteignung.

Die Weimarer Verfassung hat positive Vorschriften über die Fürstenenteignung nicht gegeben. Damals glaubte man, daß bei wechselseitigem Verständnis leicht eine Einigung möglich wäre. An diesem Verständnis hat es leider bei manchen Fürstenhäusern durchaus gefehlt. Man gewinnt den Eindruck, daß an ihnen die Kriegswirkung mit dem furchtbaren Verlust an Nationalvermögen fast spurlos vorübergegangen ist. Das hat auch in weit rechts stehenden Kreisen Befremden erregt.

Neue Luppe-Verfolgung.

Der Staatsanwalt will sein Opfer.

Nürnberg, 17. Februar. (WTB.) Nach einer Meldung der „Fränkischen Tagespost" hat der Staatsanwalt Beschwerde eingelegt gegen den Beschluß der Nürnberger Strafkammer, dem Antrag des Staatsanwalts bekr. Einleitung eines Meineidverfahrens gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe nicht stattzugeben. Der Fall wird nunmehr das Oberste Landesgericht in München beschäftigen.

An die Nachricht über die Außerverfolgungsetzung Luppes knüpfte die „Tägliche Rundschau" dieser Tage einige weinerliche Bemerkungen über die zunehmende Politisierung der Behandlung richterlicher Urteilssprüche. Die „Tägliche", 70 Proz. deutschnational und 30 Proz. volksparteilich, hat ihre eigenen Vorstellungen von Politisierung der Justiz. Sie sieht die Politisierung nicht darin, daß in einer unerhört schamlosen Weise deutsche Richter sich zur Verfolgung linksgerichteter Politiker hergeben, sie sieht sie nicht darin, daß immer wieder einseitige Urteile gegen links gefällt werden, sie sieht die Politisierung nur darin, daß man auf der Linken sich gegen diesen Zustand, der eine Kulturschande ohnegleichen ist, energisch wehrt. Die „Tägliche Rundschau", in diesem Falle einmal christlich-pazifistisch angehaucht, glaubt der Linken empfehlen zu können, daß sie gut tut, die Linke und die rechte Backe hinzuhalten. Diese Verschiebung der Streitfrage wird aber wenig nützen. Das Gefühl der Scham über unsere Justizzustände macht sich allmählich selbst in Kreisen bemerkbar, die der „Täglichen Rundschau" nahestehen. Der fanatische Eifer, mit dem ein Mann wie Luppe verfolgt wird, muß weiter dazu beitragen, den Kampf gegen die deutsche Justizschmach zu verstärken. Deutsche Richter haben nicht das Recht, sich in den Dienst einer einseitigen politischen Kampagne zu stellen, sie brauchen nicht zu denken, daß sie unangreifbar wie die Götter auf ihren Thronen sitzen. Sie haben dem Recht und dem Volke zu dienen. Sie werden gut tun, ihre Praxis zu ändern, ehe die Saat aufgeht, die gesät wird.

Drummonds Berliner Verhandlungen.

Das Zeremoniell und die Stellenbesetzung.

Der Generalsekretär des Völkerbundes wird heute abend seine Rückkehr nach Genf antreten. Seine Berliner Besprechungen galten in erster Linie den Formalitäten bei dem Eintrittsakt Deutschlands in den Völkerbund und der Besetzung gewisser Aemter durch Reichsdeutsche. Die endgültige Entscheidung über die Hauptstellen bleibt im Einvernehmen mit der Reichsregierung natürlich dem Völkerbundsrat vorbehalten, der nach Vorschlag des Generalsekretärs entscheidet. Es ist zu erwarten, daß nach dem Eintritt Deutschlands zunächst nur eine Reihe der politisch weniger wichtigen Stellen besetzt wird, die Hauptämter, insbesondere das des zweiten Generalsekretärs und der von Deutschland zu stellenden Direktoren dagegen erst im Laufe des Jahres.

Die am 8. März beginnende Völkerbundstagung dürfte vier bis fünf Tage dauern, während der Rat acht Tage später beraten wird.

Rechtsparteiler bei Drummond.

Einem Mitarbeiter der „V. Z." sagte Drummond, er glaube bemerkt zu haben, daß jetzt auch die gemäßigten Rechtskreise in Deutschland objektiver über den Völkerbund zu denken beginnen. Denn es haben auch bereits deutsche Rechtsmänner mit den führenden Völkerbundskreisen Fühlung aufgenommen. (Diese Fühlungnahme wird doch nicht etwa der — Stellenbesetzung gegolten haben? Red.)

Briand und die Verfassung.

Er will die Senatsrechte verfassungswidrig erweitern.

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Absicht Briands, den Senat die von der Kammer abgelehnten finanziellen Maßnahmen wiederaufnehmen zu lassen, und dann gestützt auf dieses Votum in der Kammer die Kabinettsfrage zu stellen, stößt auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten. Der Artikel 8 der Verfassung bestimmt ausdrücklich, daß der Senat ebenso wie die Deputiertenkammer die Initiative auf gesetzgeberischem Gebiete habe, jedoch mit Ausnahme der Finanzgesetze, die zuerst in der Kammer einzubringen und von dieser zu votieren sind. „In dem Augenblick", schreibt dazu der „Quotidien", „wo das ganze Land eine Beschränkung der Rechte des aus einem beschränkten Wahlsystem hervorgegangenen Senats verlangt, versucht Briand, diese auf Kosten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts noch erheblich zu erweitern. Der Senat wird zweifellos diesen Vorschlag aufnehmen und die von der Kammer abgelehnten Steuern wiederherstellen. Die große Frage ist jedoch die, ob die Kammer sich unterwerfen und diesen Staatsstreich eines verkappten Faschismus ratifizieren wird. Tut sie dies, dann würde sie ihre eigene Abdankung unterzeichnen und im Lande einen Sturm der Entrüstung auslösen, der sie selbst hinwegfegen würde. Soziale Unruhen und innerpolitische Erschütterungen von unabsehbarer Tragweite würden die unausbleibliche Folge sein, denn die Arbeiterschaft, die Angestellten, Beamten und kleinen Kaufleute würden wie ein Mann sich erheben gegen den Versuch, sich dem Gesetz eines Parlaments unterwerfen zu sollen, in dem sie keinerlei Einfluß besitzen und das ausschließlich eine Vertretung der Interessen einer privilegierten Schicht darstellt." Das Gerücht von der Absicht Briands, im Falle eines Konflikts zwischen beiden Häusern des Parlaments die Kammer aufzulösen, hält das Blatt für unbegründet, denn Briand würde sich zweifellos sehr reiflich überlegen, Neuwahlen zu provozieren, in denen der Linken mit dem an das Land gerichteten Aufruf, sich zwischen den beiden Parlamenten zu entscheiden, der Sieg sicher sei.

Rücktritt der Linksminister?

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer tauchte das Gerücht auf von einer Demission der beiden radikalsozialen Minister Daladier und Chautemps. Dieses Gerücht hat bis jetzt noch keine Bestätigung gefunden. In den parlamentarischen Kreisen hält man es jedoch für keineswegs ausgeschlossen, daß der im Kabinett schon seit langem bestehende Gegensatz zwischen Briand bzw. Doumer und den zu dem linken Flügel des Kartells zählenden Ministern schon in den nächsten Tagen zum offenen Ausbruch kommen kann.

Kattowitzer Staatsrettung.

Fortsetzung der Polizeiaktion.

Breslau, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschenverfolgungen in Ostoberschlesien sind noch nicht beendet. Das deutsche sozialistische Organ in Kattowitz, der „Volkswille", wurde bereits zum zweiten Male innerhalb einer Woche beschlagnahmt. Von den verhafteten Deutschen ist einer im Gefängnis gestorben, angeblich infolge Selbstmords. Da die Haussuchungen und die Verhaftungen keinerlei Material zutage gefördert haben, mit dem die polnischen Behauptungen über angebliche Losreißungspläne und landesverräterische Absichten bewiesen werden können, so sind jetzt die Behörden dazu übergegangen, die Korrespondenz der deutschen Gewerkschaften zu durchsuchen. Wenigstens ist das den polnischen Blättern zu entnehmen, die behaupten, daß landesverräterische (!) Verbindungen der deutschen Gewerkschaften von Oberschlesien mit einigen Zentralen in Berlin „aufgedeckt" worden seien. Da durch den Genfer Vertrag die freie Betätigung der deutschen Gewerkschaften in Ostoberschlesien garantiert ist, dürfte sich auch diese Beschuldigung als unhaltbar erweisen.

Das Posen von heute.

Reiseeindrücke.

Von Josef Ritsche.

Mehr als sechs Jahre sind vergangen, seit die deutsche Ostmark nach fast hundertfünfzigjähriger Zugehörigkeit zu Preußen aus dessen Staatsverband ausschied, um mit dem neu erstandenen Polen vereinigt zu werden. Dieser neue Polenstaat wurde bekanntlich schon während des Krieges durch Wilhelm II. und dessen damalige Regierung proklamiert; er sollte ein schlauer Schachzug gegen die Entente sein, war aber in Wirklichkeit nichts anderes als eine sehr naive Spekulation auf den längst kriegsmüde gewordenen polnischen Volkscharakter innerhalb der eroberten Gebiete Russisch-Polens. Was lag näher, als daß der Frieden von Versailles auch den wesentlichsten Teil des preußischen Polen dem nun einmal angeregten neuen Polenstaat zuteilte! Etwa zwei Millionen Menschen wurden dadurch vom bisherigen Mutterlande losgelöst und innerhalb des neuen Staates zur Wojwodschaft (Regierungsbezirk) Posen vereinigt. Behördlicher und wirtschaftlicher Mittelpunkt dieses Bezirks blieb wie bisher die Stadt Posen.

Posen! Der Name läßt die Zeiten der jahrzehntelangen preußischen Germanisierungspolitik wieder lebendig werden. Eine Politik, die es in anderthalb Jahrhunderten nicht zuwege brachte, daß der größte Teil der ehemals polnischen Bewohner sich deutsch fühlte, die aber andererseits ein nicht zu unterschätzendes Quantum Kulturarbeit in diesen Bezirken leistete. Denn es wurden nicht nur selbst längst wieder niedergelegte Festungswälle, Kasernen und prunkvolle Regierungsgebäude errichtet; es wurde ja auch eine sehr umfassende Kolonisationstätigkeit in den weiten wüsten ländlichen Bezirken vorgenommen, es wurden Kulturstätten von hohem Rang geschaffen; an finanziellen Aufwendungen für die Ostmark hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Wir wollen es uns hier und heute versagen, auf den Nationalitätenstreit von einstmals einzugehen, auf die wenig geschickten Kaiserreden, auf die Schachzüge der unentwegten Polen gegenüber den hakatistischen Güteraufkäufern usw.; viel interessanter scheint die Beantwortung der sehr zeitgemäßen Frage: Wie sieht es heute in der einstigen deutschen Ostmark, wie sieht es insbesondere in der Stadt Posen aus? Was ist aus all dem geworden, das seinerzeit den neuen Herren wie eine reife Frucht vom Baume mühelos in den Schoß fiel? Wie verwaltet man in Warschau oder Posen das preußische Erbe?

Nun, die Wandlung, die sich hier vollzog, ist ganz außerordentlich groß. Betrug der deutsche Teil der Bevölkerung in der ehemaligen Provinz Posen zu Beginn des Krieges etwa 42 Proz. der Gesamteinwohnerschaft, so dürfte er gegenwärtig nur noch knapp 15 Proz. ausmachen. Von rund 850 000 Deutschen verließen freiwillig oder gezwungen über 550 000 die ungastlich gewordene Stätte ihres zum Teil jahrzehntelangen Wirkens. Der Grund zu dieser Auswanderung lag in dem besonders 1919 und 1920 häufig angewendeten direkten oder indirekten Terror eines wüstnationalistischen Teiles der polnischen Bevölkerung, dann in einem Furchtgefühl vor etwaigen kommenden Dingen, und schließlich machte der polnische Staat selbst in sehr umfassender Weise von jenem Ausweisungsrecht Gebrauch, das ihm der Versailler Vertrag gegenüber weiten Schichten des deutschen Elements gab. Daß mit dem Umschwung die bei den Polen wenig beliebten oberen und mittleren Beamtenkreise ohne weiteres die Ostmark verließen bzw. durch den preußischen Staat umgepflanzt wurden, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Mit der Abwanderung des deutschen Elements schwand auch der deutsche Einfluß in den kommunalen Körperschaften des Posener Bezirks fast vollständig. Und es ist recht bezeichnend, daß bei den letzten Posener Gemeindewahlen die Deutschen Posens von der Aufstellung einer Sonderliste absahen und dafür ihre Stimmen beschlußgemäß der sozialdemokratischen Liste zuführten, als der Partei, zu der sie das meiste Vertrauen haben.

Hand in Hand mit der durch die Abwanderung der Deutschen herbeigeführten Polonisierung geht die systematisch angestrebte und auch durchgeführte der obersten Staatsbehörde. Alle Städte und Ortschaften des Bezirks, also der Wojwodschaft Posen, erhielten wieder ihren einstigen früheren, zum Teil schon hundert Jahre vergessenen polnischen Namen; statt des Deutschen wurde polnisch die Amtssprache, die blauen Briefkästen wurden rot gestrichen, der schwarze Adler zog das weiße Gewand des einstigen polnischen Wappenvogels an usw., usw. Bezüglich der Sprache ist es so, daß heute jeder Erwachsene zwar noch die deutsche beherrscht, daß aber das heranwachsende Geschlecht, abgesehen von einer Reihe noch bestehender deutscher Privatschulen, dem staatlichen polnisch-sprachigen Unterricht unterworfen ist. Woraus sich ergibt, daß in vielleicht zwanzig Jahren das Deutsche nur noch etwas Vereinzeltes darstellen wird.

Sehr im argen liegen die sozialen Dinge im Posener Bezirk. Ist es auf diesem Gebiet infolge des langen Krieges allenthalben in der Welt nicht gerade besser geworden, so kann Posen davon ein ganz besonders schaurig klingendes Elendslied singen. Das wirtschaftlich recht schwache, aber dennoch militärtolle Land kennt von Posen bis Warschau einen einzigen großen Finanzdalles, Darniederliegen von Gewerbe und Handwerk, Arbeitslosigkeit auf weiter Linie. Was bedeutet, daß es, wie überall in solchen Zeiten, am schlechtesten dem Proletarier geht. Günstig für Staat und Volk war es, daß ein großer Teil der arbeitslosen Bevölke-

rung in die Wiederaufbaugebiete Frankreichs und Belgiens abgeschoben werden konnte. Wurde so doch eine Menge essender Mäuler im Lande weniger, floß doch so regelmäßig ein gewisser Geldstrom von auswärts ins Land der weiß-roten Grenzen. Die nationalistischen Drahtzieher versuchen freilich, das heulende Wirtschaftselend und den Hunger des zu bedenklichster Untätigkeit verdammten Proleten durch nationalistische Formeln und religiöse Zeremonien zu beschwichtigen, indes, so sehr gerade die polnische Volkspsyche auf derartige Dinge reagiert: die breite Masse der Bevölkerung steht heute diesem Treiben seiner Schreier sehr uninteressiert und sehr ungläubig gegenüber.

Weiter: Posen liegt in der Mitte zwischen Warschau und Berlin. Die politisch-wirtschaftliche Orientierung geht, es liegt nahe, von Kongreß-Polen aus. Schuhe und Textilwaren kommen von Warschau und Lodz. Die gleichen Schuhe und Textilwaren, die früher in der preußischen Zeit in und um Posen selbst gefertigt wurden. Reisende Männer und Frauen überschwemmen das Land. Der Anzug, den der Posener Pole trägt, das weite Kleid, die bunte Schürze für die Bäuerin um Schrimm und Schroda: sie werden nicht mehr in Posen gefertigt, Kongreß-Polen ist ihre Heimat. Also schlendern auch die Posener Schneider und Schuster arbeitslos mit den Händen in den Hosentaschen in den Straßen umher.

Aber nicht nur die Ware kommt aus ehemals russisch-polnischen und galizischen Gebieten: auch Menschen kommen von dort ins Posener Land. Viele, allzuviele. Sie setzen sich an die Stelle der ausgewanderten Deutschen und finden auch, sehr zum Verdruß der eingesessenen Bevölkerung, in den behördlichen Bureaus und den sonstigen behördlichen Arbeitsstätten häufig leichter Arbeit und Brot gebende Beschäftigung als diese. Ueberhaupt sind in der Stadt Posen Klagen der Art nicht selten, daß nur das aus dem ehemaligen Kongreß-Polen stammende Bevölkerungsgros hundertprozentige Polen enthält, und daß andererseits das Randgebiet, also die Wojwodschaft Posen noch immer als nicht ganz waschecht, als preußisch infiziert angesehen wird. Diese angebliche Zurücksetzung hat eine gewisse Bitterkeit wach werden lassen, die es im Bunde mit der schlechten Wirtschaftslage und der daraus resultierenden umfangreichen Arbeitslosigkeit zuwege brachte, daß man in Posen keineswegs mit den neuen Staatsdingen recht zufrieden ist.

Zu denen, die durch den neuen Zustand stark beeinträchtigt und dezimiert wurden, gehören die Juden. Sie waren im Bezirk Posen bekanntlich früher außerordentlich zahlreich. Der im polnischen Nationalismus liegende Antisemitismus hat auf die Handel treibende jüdische Bevölkerung so stark eingewirkt, daß diese, ob deutsch oder polnisch, am stärksten abwanderte. Ein großer Teil davon ging nach Berlin und nach schlesischen Mittelstädten. Fast verschwunden ist natürlich auch die vor dem Kriege in voller Blüte gestandene deutsche Gewerkschaftsbewegung; nicht besser ging es unserer Parteibewegung, die gleichfalls seinerzeit hier sehr ansehnliche Ziffern aufwies. Mit dem Niedergange und der Einflußlosigkeit des Deutschtums wäre eine rein deutsche sozialistische Bewegung von vornherein ein belangloses Gebilde geworden. An die Stelle der früheren deutschen Sozialdemokratie ist die polnische, die PPS., getreten. Doch läßt deren Stärke im Vergleich zu den früheren Zuständen noch sehr zu wünschen übrig. Es wird eben auch für die den sozialen Gedanken vertretenen Organisationen in der heutigen Wojwodschaft Posen noch gar mancher Mühen bedürfen, ehe sie den Einfluß erreicht haben, der der Klassenstärke ihrer Anhänger zukommt.

Im übrigen ist zu hoffen, daß durch das Zustandekommen besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sich auch die Lage des Deutschtums in der Wojwodschaft Posen allmählich bessern wird. In den unteren polnischen Bevölkerungsschichten ist die nationalistische Welle zudem längst abgeebbt.

Nationale Gefahren.

Wozu die deutschnationale Presse schweigt.

Die „Tägliche Rundschau", zu 30 Proz. deutschvolksparteilich, zu 70 Proz. deutschnational, beschäftigt sich mit der Frage der polnischen Landarbeiter. Sie fordert, daß mit der Einrichtung des polnischen Wanderarbeiterwesens Schluß gemacht werde. Man solle nicht immer von den billigeren polnischen Arbeitskräften reden, sondern zu einer großzügigen Siedlungspolitik im deutschen Osten übergehen.

Es ist eine Tatsache, die auch der „Täglichen Rundschau" nicht unbekannt sein dürfte, daß der ostelbische Großgrundbesitz, der sich besonders national gebärdet, nicht nur in ständig zunehmendem Maße polnische Wanderarbeiter auf seinen Gütern verwendet, sondern auch polnische Arbeiter dauernd ansiedelt.

Die „Tägliche Rundschau", die nur zu 70 Proz. deutschnational ist, schlägt Lärm. Die deutschnationale Parteipresse aber schweigt. Für sie existiert die Gefahr für die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung des deutschen Ostens nicht. Die „Deutsche Tageszeitung" aber fördert das Wanderarbeiterunwesen, indem sie Anzeigen veröffentlicht, die dem Menschenschmuggel nach Deutschland dienen.

Die nationale Gefahr kommt also aus den „nationalen" Kreisen.

Wulle berichtigt . . .

. . . aber für Aufklärung sorgt er nicht.

Herr Reinhold Wulle, M. d. L., beehrt uns mit einer Berichtigung. Er wendet sich gegen unsere Notiz, die sich mit der Sammlung von Ruhrhilfsgeldern durch die Deutschvölkische Freiheitspartei im Jahre 1923 befaßt. Er erklärt:

„Es ist unwahr, daß von den auf unser Ruhrhilfskonto im Jahre 1923 gesammelten Geldern auch nur ein Pfennig für einen anderen als den angegebenen Zweck verwandt worden ist. Da die Deutschvölkische Freiheitspartei im Jahre 1923 verboten war, hat sie als solche überhaupt keine Sammlung für die Ruhrhilfe veranstaltet oder veranstalten können.

Es ist unwahr, daß der unterzeichnete Abgeordnete Reinhold Wulle ein Konto bei einer Bank in der Mohrenstraße gehabt.

Wahr ist vielmehr, daß der ehemalige Botenjunge Feige (nicht Feigl) von uns wegen verschiedener Unredlichkeiten entlassen ist."

Mit dieser Berichtigung ist natürlich gar nichts aufgeklärt. Zwar hatte man ein Postscheckkonto, aber man sammelt nicht! Welcher Widerspruch. Der entlassene Feige hat sich erboten, zu beeiden, daß die gesammelten Gelder zu Gehaltszahlungen ausgegeben wurden. Warum gibt Herr Wulle ihm nicht die Gelegenheit, eine solche Aussage vor Gericht zu machen. Die Berichtigung allein genügt kaum. Lag die Bank vielleicht in der Taubenstraße und nicht in der Mohrenstraße?

Aus dem Prager Parlament.

Präsidiumswahl — Benesch-Rede — Mißtrauensantrag.

Das Abgeordnetenhaus des Prager Parlaments wählte Malypetr (tschechischer Agrarier) mit 159 Stimmen gestern zum Präsidenten. Auch einige Deutschbürgerliche stimmten für ihn. Unter den vier Vizepräsidenten ist auch ein Deutschbürgerlicher. Malypetr erklärte, daß er die Wahl annehme, und versprach, genau den Gesetzen entsprechend vorgehen zu wollen. Darauf gab in Beantwortung der Interpellation der Koalitionsparteien in der Angelegenheit der ungarischen Frankenfälscheraffäre Außenminister Benesch einen Ueberblick über die Entwicklung der Affäre.

Er verwies auf den politischen Charakter der Affäre, sowie auf ihren Zusammenhang mit den früheren

Fälschungen tschechoslowakischer Noten.

Als Beweis dieses Zusammenhanges betrachtet der Minister einerseits die Tatsache, daß Radossy das untersuchende Organ in der Affäre der Fälschungen tschechoslowakischer Noten war und den Hauptanteil an der Niederschlagung der Affäre hatte.

Bei der Darlegung der Fälschung tschechoslowakischer Noten in den Jahren 1920 bis 1923 hob Dr. Benesch insbesondere hervor, daß die Falsifikate tschechoslowakischer Hundertkronennoten im Jahre 1920 in der Ungarischen Lithographischen Anstalt in Budapest hergestellt wurden, daß die Bestellungen durch gewisse ungarische Militärorgane erfolgt sind, daß die Herstellung der Hundertkronennoten-Klischees in der Druckerei von Wettig auf Aufforderung zweier ungarischer Offiziere erfolgte und daß auch die Spur der Hauptschuldigen in der Affäre der tschechoslowakischen 500-Kronennoten-Falsifikate im Jahre 1921 in Wetzelsdorf nach Budapest führte.

Die gegenwärtige Frankenfälscheraffäre habe auch diese Angelegenheit in neuem Lichte gezeigt. Daher habe die Regierung am 17. Januar um Erledigung ihrer unbeantwortet gebliebenen Noten von 1922 und 1923 ersucht. Die ungarische Regierung antwortete am 28. Januar, daß die angeordnete Untersuchung infolge Mangels an Beweisen eingestellt wurde.

Dr. Benesch erklärte: Mit Rücksicht auf die neuen Umstände erwarten wir, daß die ungarische Regierung ohne äußeren Druck auf die Erweiterung der Untersuchung und der Anklage auch auf unsere Affäre besorgt sein wird. Falls dies nicht erfolgt, behalten wir uns unser Vorgehen vor.

Die ungarische Regierung wird sicherlich begreifen, was sie uns, ihrem Prestige und der Rechtsordnung in ihrem Staate schuldig ist.

Zur politischen Seite der ungarischen Fälscheraffäre bemerkte Dr. Benesch, vom Standpunkt der auswärtigen Politik stelle sie den Ausdruck der feindlichen Orientierung dar, welche den Rechtszustand in Mitteleuropa nicht anerkenne und gegen die Konsolidierung der Verhältnisse gerichtet sei. Dies sei der Friedenspolitik gefährlich. Die Fälschungen sollten Frankreich und die Nachbarn Ungarns schädigen. Die gefälschten Gelder sollten zur Propaganda gegen die Nachbarn dienen und zu solchen innerpolitischen Zwecken, welche einen Einfluß auf die internationale Lage und insbesondere auf die

Lösung der Königsfrage entgegen den Verpflichtungen Ungarns

haben. Diese Aktion hatte ihre Agenten auch in Oesterreich und Bayern. Der Minister sagte schließlich: „Uns wird diese Kritik aus unserer ruhigen Friedensarbeit nicht aufscheuchen. Wir haben allerdings ein Interesse daran, daß über das Wesen der Ursache die ungarische Bevölkerung, welche keine Schuld hat, sowie die internationale Oeffentlichkeit informiert werden. In unseren Beziehungen zu Ungarn hatten wir und werden wir die Friedenslinie einhalten, bereit, heute und morgen, oder wann immer, mit ihm einen mitteleuropäischen Garantiepakt unter der Aegide des Völkerbundes abzuschließen und jederzeit Beweise dieses Willens zu geben. Wir wollen die Affäre nicht ausnutzen. Wir werden uns nicht in sie einmischen. Wir wünschen nur deren

unparteiische Untersuchung, öffentliche Aufklärung und die Bestrafung der Schuldigen.

Nach den Ergebnissen werden wir unser Vorgehen zur Sicherstellung der durch die Fälschung unserer Gelder bedrohten Interessen einrichten. Wir reservieren uns in dieser Angelegenheit auch das weitere Vorgehen auf dem internationalen Forum, insbesondere zur Erreichung von Garantien, unabhängig von diesem Falle gegen ähnliche Affären in der Zukunft. Wir wenden uns in dieser Angelegenheit an andere Regierungen und werden gemeinsam mit ihnen versuchen, Anträge zu stellen, wie in Zukunft durch internationale Zusammenarbeit solche Affären verhindert werden können."

Das Versprechen des Ministerpräsidenten.

Die deutschen Sozialdemokraten haben beantragt, den Ministerpräsidenten Schwehla zu einer Erklärung darüber zu veranlassen, warum er seine Zusage vom 10. Juli 1920 nicht eingehalten habe, daß nämlich die Sprachenverordnung vor ihrem Inkrafttreten dem Verfassungsausschuß vorgelegt werden würde, um die Frage der Sprachenverordnung so zu lösen, wie sie den Lebensbedürfnissen der Minderheiten entspricht.

Die Deutschbürgerlichen haben, unterstützt von den Sozialdemokraten und den Kommunisten, einen von mehr als 100 Abgeordneten unterzeichneten Antrag überreicht, der Regierung wegen Verletzung des international verbürgten Sprachenschutzes der nationalen Minderheiten das Mißtrauen auszusprechen.

Das sterbende Podium.

Eine zeitgemäße Betrachtung von Resi Langer.

Dem eifrigen Leser unserer „gewaltigen Tagespresse" wird es vielleicht seit einiger Zeit doch schon aufgefallen sein, oder er merkt es auf diese Zeilen hin, daß der Konzertanzeigenteil von dem stattlichen Umfange von fünf bis acht Seiten auf das Nichts von einer oder gar einer halben Seite zusammengeschrumpft ist. Und auf dieser tummeln sich auch fast nur ein paar ruhmsüchtige ausländische Namen, die ihr gutes Geld deutschen Agenten und ihre Billetts deutschen Freibergern zur Verfügung stellen. Von den bewährten alten Podiumskämpen findet man nur äußerst selten noch einmal eine bescheidene Annonce, die uns an Namen erinnert, die wir schon gestorben glaubten. Es gab doch einstens eine ganze Reihe nur der Halbbühne verschriebener Künstler aller Gattungen. Ich beklage nicht, daß manch ein Tenor, der sein festes Theaterengagement sowieso hat, nunmehr nicht mehr von seinem Kothurn heruntersteigt und die Schar seiner jetzt bubigetöpften Anhängerinnen ganz ungeschminkt und aus nächster Nähe mit dem Schmalz seiner Kehle beglückt. Oder etwa, daß eine wild um sich retitierende höhere Tochter mit ihrem Tantenanhang die Berliner Kritik vors Forum ruft, um sie nachher stundenlang mit schlechtgekauter Literatur zu öden. Aber ich sehe viele „Berufene" und ebenso viele „Auserwählte" um die Basis trauern, und zu deren Sprecherin mache ich mich.

Ist wirklich die Podiumskunst ein so unwichtiger Kunstzweig gewesen, daß man ihn sang- und klanglos eingehen lassen soll? Gab es nicht viele Dinge in Musik und Literatur, die das Eindimensionale der Halbbühne direkt verlangten? Und ist der Rundfunk, der ja nun als Totengräber hierbei fungiert, ein vollgiltiger Ersatz dafür? Besonders in seiner so oft bemerkten Kunst- und Literaturfremdheit? Gewiß ist es ein sympathischer Gedanke, daß nun das berühmte alte Fräulein da draußen in Lichterfelde nur den Kopfhörer zu nehmen braucht, um für ganze 2 M. monatlich ihr Kunstbedürfnis am Abend oder auch zu anderer Tageszeit ihren Wissensdrang zu befriedigen. Aber gerade dieses alte Fräulein war es, das den Podiumskünstlern die Plätze tatsächlich abkaufte, wenn es auch nur für den Wert einer einzigen Mark war. Und wie begeistert konnte sie sein, wenn aus des berühmten Raphsoden Munde „ihr" Goethe erklang oder wenn sie nachher konstatieren konnte, daß Wilhem Busch es hinter den Ohren hatte.

Soll man den nachschaffenden Künstler nun gar nicht mehr sehen? Kann sich der Mensch wirklich und in jedem Falle auf das rein Phonetische einstellen, das, zum Schmerz sei's gesagt, manchmal recht unmöglich in der drahtlosen Wiedergabe erscheint. Und wenn das der Fall sein sollte, dann erblüht der neuen weltbewegenden Funktechnik die Verpflichtung, sich der reinen Podiumskünstler in viel großzügiger Form anzunehmen, als es bisher geschieht. Die Republik muß ja auch die siegreiche Garde des vormaligen Kaiserreichs pensionsweise mitschleppen. Vielleicht schafft der Rundfunk diesen „Abgebauten" neue Möglichkeiten. Vielleicht bereitet er auch —, vermöge seiner großen Organisation dürfte das ein Leichtes sein —, diesen seinen Stiefkindern Veranstaltungen, bei denen das Publikum nicht nur Hörer, sondern auch Seher ist, vielleicht kombiniert er. Es würde seiner Popularität nur dienlich sein. Morituri te salutant!

Stück zehn Pfennig.

Ich habe einen guten Freund, der als Schriftsteller bereits einen recht geachteten Namen hat. Ein Novellenbändchen von ihm ist sogar mit wunderschönen Illustrationen eines unserer bekanntesten Graphiker erschienen. Von diesem Freund bekam ich kürzlich einen außerordentlich freudigen Brief. „Ich habe nun doch wieder ein möbliertes Zimmer gefunden, trotzdem wir doch ein kaum drei Monate altes Baby haben," schrieb er mir. Und außerdem teilte er mir mit, daß er jetzt bei einer Exportfirma als Korrespondent für Englisch, Französisch und Italienisch angestellt sei. Spanisch und Russisch lerne er noch, da er das ebenfalls für seinen neuen Beruf brauche. Natürlich antwortete ich ihm ebenfalls sehr entzückt, gratulierte ihm zum möblierten Zimmer und zum festen Einkommen und äußerte die Ansicht, daß seine neue Tätigkeit ihm wohl kaum noch Zeit für seine Schriftstellerei lasse. Aber schließlich sei das lebendige Leben ja auch vielleicht besser und wertvoller als die Beschäftigung mit dem toten Wort. Diese dumme Phrase schrieb ich nicht etwa aus Bosheit, sondern weil ich wirklich sonst nichts zu sagen wußte. Mein Freund aber antwortete mir, freundlich und duldsam wie immer: „Ach nein, meiner Muse bin ich trotzdem nicht untreu geworden. Ich könnte gern wieder zwei Bändchen Gedichte und einen Novellenband herausgeben; aber es findet sich augenblicklich kein Verleger dafür."

An diesen Briefwechsel mußte ich denken, als ich kürzlich durch ein großes Warenhaus ging und dort einen Tisch mit Büchern sah, zu zehn Pfennigen das Stück, das halbe Dutzend — „wie Orangen" fiel mir ein — für fünfzig Pfennige. Das war nicht etwa Schund, schauerliche Schmöker mit grellen Titelbildern, die gab's nebenan, und ein Buch davon kostete soviel wie hier sechs Lyrikbände. Denn nichts anderes war es, was sich hier türmte, als Lyrik, Lyrik, Lyrik. Bekannte Namen waren dazwischen, die man in allen modernen Antologien findet, auch in Tageszeitungen bisweilen oder in periodischen Zeitschriften. Und wenn einer von ihnen gerade seinen fünfzigsten Geburtstag feiert — auch solche gab es darunter —, so sind die Zeitungen seines Ruhmes voll. Und hier lagen nun seine gehefteten Werke, fünf verschiedene Bände fand ich heraus, das Stück für zehn Pfennige. Andere Bücher wieder waren von unbekannten Verfassern. Leise, stille Verse las man da oft, schön und zart, die aber die laute Jazzmusik des Lebens überschrien hatte, die auch hier vorübertoste, und vom Nebentisch, in Form gepreßt, herüberplärrte: „O Eva, o Eva".

Aber wie kam das nur? War es dieser gewaltige Bücherturm, dieser anklagende Wall, der nun doch erfolgreich kämpfte? Ebensoviel Menschen fast wie um den Tisch für billige Grammophonplatten hatten sich hier um die Lyrik versammelt, ein kleines Fräulein, vielleicht hatte sie Garn oder Band und Futterstoffe für ihre Schneiderei gekauft, blätterte in den staubigen Bändchen mit vorsichtigen Fingerspitzen und hauchte manchmal leise: „Wie schön", und türmte sich sechs Bändchen auf, und legte zwei wieder weg, fünfzig Pfennig sind heute doch schon viel Geld, und holte sich die zwei wieder. Am Abend hat sie dann wahrscheinlich darüber gebeugt gesessen, ein bißchen zu tief, weil ihre Augen noch von der Näherei weh taten, und noch öfter geseufzt: „Wie schön", und vielleicht hat sie darüber vergessen, daß am nächsten Morgen ihr Tag schon vor sechs Uhr wieder beginnt, und ist viel zu lange aufgeblieben, bis ihr Kopf schwer und müde herabsank und die Augen kein einziges Wort mehr aufnehmen konnten.

Und andere Hände noch griffen nach den Büchern, verarbeitete und glatte, aber fast alle waren mager, sehr mager. Der Bücherberg wurde zusehends kleiner. Und wenn die Verfasser all dieser Gedichte gesehen hätten, wie begierig ihre Werke hier gekauft wurden, so hätten sie sich sicher darüber gefreut, und kein einziger von ihnen hätte sich wohl darüber bekümmert, daß man nicht mehr dafür zahlte als für schlechte Orangen. Nur das Blinken in den Augen hätten sie gesehen und das „Wie schön" der kleinen Näherin gehört.

Da ist es dann kein Wunder, wenn jedes Buch von ihnen nicht mehr als zehn Pfennige einbringt. Trude E. Schulz.

Eine neue „Wasserpest"? Die als Wasserpest bezeichnete Wasserpflanze ist bekanntlich vor vielen Jahren aus Nordamerika bei uns eingeschleppt worden und hat sich zeitweilig in den Flüssen und Seen so stark vermehrt, daß schwere Stockungen im Schiffsverkehr, Verstopfungen von Schleusen und andere Schädigungen recht häufig waren. Seit längerer Zeit ist diese kanadische Wasserpest (Elodea canadense) auf ein erträgliches Maß zurückgegangen. Neuerdings wird nun aus Westdeutschland gemeldet, daß sich ein neuer Eindringling in den Gewässern breitmacht. Es ist ein auf der Wasseroberfläche schwimmender „Wasserfarn" (Azolla carolinea), dessen Heimat in wärmeren Zonen zu suchen ist. Diese den Aquarienliebhabern wohlbekannte Schwimmpflanze vermehrt sich auffallenderweise auch bei uns im Freien sehr rasch, verdrängt die bekannte Wasserlinse und überzieht die Gewässer mit einer dicken, für Wasservögel undurchdringlichen grünen Decke. Gewisse Kreise befürchten, daß durch den Wasserfarn eine ähnliche Kalamität wie durch die Wasserpest hervorgerufen werden könnte. So schlimm dürfte es indessen nicht werden, da Azolla auf die Wasseroberfläche angewiesen ist, also nicht das ganze Gewässer durchsetzen kann, wie es bei Elodea der Fall ist.

Auswanderverbot in Estland. Im letzten Sommer wanderten aus Estland Männer und Frauen in großen Scharen nach Brasilien aus. Brasilien erschien ihnen als ein Wunderland, wo das Geld spielend zu gewinnen und das Leben angenehm sei. Ende des Jahres trafen von einer Reihe ausgewanderter Esten Bittschriften an die estnische Regierung ein. Der Staat möge ihnen helfen, in die alte Heimat zurückkehren zu können. Viele baten um das Reisegeld, das sie bei ihrer Rückkehr abverdienen wollten. Gleichzeitig schilderten sie die grenzenlose Not und Ratlosigkeit im fremden Lande, wo kein Este Arbeit oder Unterkunft mehr finden könne. Zum Teil sei ihre Lage verzweifelt, da sie weder die Landessprache noch Deutsch oder Englisch verstünden und zugrunde gehen müßten. Die estnische Regierung hatte erst eine öffentliche Warnung an alle Auswanderlustigen erlassen und, als dies erfolglos blieb, ein strenges Auswanderverbot.

Die Tanzgruppe des Neufischen Staatstheaters unter Yvonne Georgi wird die vierte Tanzmatinee der Volksbühne E. V. bestreiten. Diese findet am Sonntag, den 28. Februar, im Theater am Bülowplatz statt. Einlaßkarten 1 Mark in den Vorverkaufsstellen der Volksbühne E. V.

Museumsführungen. Sonntag, den 21., 10 Uhr vorm., finden amtliche Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum (Bodenmuseum) — Dr. Görlitz — und im Museum Prinz-Albrecht-Straße 7 (Tripitz) — Dr. Unverzagt — statt. Zusatzkarten zu 50 Pf. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Zeugenvernehmung im Feme-Ausschuß.

Aussagen des Abgeordneten Lemmer.

Im Untersuchungs-Ausschuß des Landtags wandte sich zu Beginn der Sitzung unter Heiterkeit des Ausschusses der Vorsitzende Abg. Goebel (Z.) dagegen, daß er im „8-Uhr-Abendblatt" so karikiert worden sei, daß nicht einmal sein eigener Sohn ihn erkannt habe.

Oberjustizrat Würtz teilt den Wortlaut eines Sachverständigen-Gutachtens mit, das im Auftrage der Staatsanwaltschaft in der „Strafsache gegen Maletike wegen Begünstigung" erstattet worden ist. Es handelt sich um ein Gutachten, das auf Grund der Einsichtnahme in sämtliche in Frage kommende Bücher Klarheit über den Geldverkehr zwischen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände und dem Zentralverband Deutscher Landarbeiter bringen soll, insbesondere, um das viel erwähnte 5000-Mark-Darlehn einwandfrei klarzustellen.

Die Sachverständigen geben ausführliche Auskunft über das Ergebnis ihrer Bücheruntersuchungen. Dadurch werden die Angaben über die Beziehungen zwischen dem Landarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband in allen Einzelheiten bestätigt.

Auf Befragen durch Abg. Dr. **Deerberg** (Dnatl.) bestätigt Oberjustizrat Würtz, daß **die am 13. Juni 1925 gezahlten 5000 M. zunächst nicht zurückgezahlt worden sind, sondern erst später.**

Berichterstatter Abg. **Kuttner** (Soz.) bestätigt aus den Akten die Richtigkeit der gestrigen ausführlichen Darlegung des Oberstaatsanwalts Rohrlack über die Meuterei bzw. den Ausbruchsversuch im Landsberger Gefängnis. Abg. Kuttner fügt hinzu, daß der Strafgefangene Neugebauer ausgesagt habe, er sei aufgefordert worden, nach seiner Entlassung zugunsten der in Landsberg sitzenden politischen Gefangenen Beziehungen anzuknüpfen, u. a. auch mit der Braut von Schultz, einem Fräulein Lewandowski. Der Gefangene Schönicke habe ausgesagt, Ratael habe ihm für seine Mitwirkung bei dem Fluchtversuch 3000 Mark von seiner „Organisation" versprochen. Die gewechselten Kassiber sind, nach den Akten, nicht sämtlich aufgefangen worden. Es handelt sich u. a. um nach Berlin gerichtete Kassiber mit der Bitte um Befreiung, die Schönicke an ihre Adresse befördern sollte.

Nunmehr wird

Reichstagsabgeordneter Lemmer (Dem.),

Generalsekretär des Deutschen Gewerkschaftsringes, als Zeuge vernommen. Er bekundet: Im Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche" erschienen schwere Anklagen gegen die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wegen Hergabe von Geld für dunkle politische Zwecke. Ich wunderte mich, daß diese schweren Anschuldigungen lange Zeit unwidersprochen blieben. Ich ging der Sache nach und kam zu der Annahme, daß in dem Artikel des „Deutschen" ein Darlehen an Herrn Behrens für den Gefangenen Oberleutnant Schultz gemeint sei. Aber erst, als ich mit meinem vollen Namen und unter Einsatz meiner ganzen Persönlichkeit eine konkrete Frage an Herrn von Borsig in dieser Richtung stellte, antwortete Herr v. Borsig: Davon sei keine Rede. Obwohl überall davon die Rede war, nur bei Herrn von Borsig nicht! Darauf erwiderte ich in einem zweiten Artikel am 15. Dezember „Soziale Vertrauenskrisis", indem ich Herrn von Borsig fragte, wie es mit dem Darlehen an Herrn Behrens wäre, und Herrn v. Zengen aufforderte, eine eidesstattliche Erklärung darüber abzugeben. Darauf hat Herr v. Zengen nicht geantwortet. Erst später teilte die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit, daß ein Untersuchungsausschuß gebildet sei, um zu prüfen, ob von Herrn v. Zengen und Herrn Dr. Meißinger irgendein Vergehen vorliege. Die Untersuchung hat dann zur Entlassung des Herrn v. Zengen geführt. Dann kam der Fluchtversuch des Oberleutnants Schultz. Da sah die Sache, die man vorher noch unter einem gewissen moralischen Gesichtspunkt betrachten konnte, doch anders aus, und es wurde ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet. Unsere Gewerkschaftsbewegung war in der Richtung einer sozialpolitischen Klärung der Atmosphäre tätig. Dabei wurden wir von Arbeitgeberkreisen unterstützt, die dasselbe Interesse an der Reinigung der Atmosphäre hatten.

Auf Befragen durch den Abg. **Riedel** (Dem.), ob dem Zeugen nicht gewisse konkrete Mitteilungen über den Tatbestand, über Personen usw. gemacht worden seien, teilte Abg. Lemmer mit, das Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbandes **Sauer**, das politisch dem Zentrum angehöre, habe gegen seine Kollegen Meier und Behrens in einer Besprechung des Vorstandes schwere Vorwürfe und die Anschuldigung erhoben, daß ein Darlehn von 5000 M. an Oberleutnant Schultz gegeben worden sei. Das sei auch in der Redaktion des „Deutschen" besprochen worden. Mir ist mitgeteilt worden, so fährt der Zeuge fort, daß diese 5000 M. in der Form eines Darlehns gegeben worden seien, **aber mit dem von Anfang an festgestellten Zweck, sie dem Oberleutnant Schultz, der im Gefängnis saß, zur Verfügung zu stellen.** In irgendeinem Zusammenhang hat der Zeuge auch den Namen des deutschnationalen Abg. Jahnke nennen hören.

Die Namen der Personen, die ihm diese Mitteilungen gemacht haben, will der Zeuge unter Berufung auf die durch Artikel 38 der Reichsverfassung gebotene Schweigepflicht zunächst nicht nennen. Auf eine Frage des Abg. Dr. Deerberg (Dnat.) erklärt sich der Zeuge auch nicht in der Lage, die Personenkreise näher zu bezeichnen, aus denen ihm jene Mitteilungen gemacht worden sind. Polizeilich ist der Zeuge noch nicht vernommen worden. Daß das Vorstandsmitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes Sauer später nach einem anderen Orte versetzt worden ist, hört der Zeuge durch eine Frage des Abg. Brandenburg (Soz.) zum ersten Male. Ueber weitere „dunkle politische Zwecke" vermag der Zeuge, auf eine Frage des Abg. Roth (Dnat.), aus eigener Kenntnis nichts weiter zu bekunden, er verweist aber auf die Redaktion der Zeitung „Der Deutsche", die weiteres wissen müsse.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Drohungen gegen Nitti.

Wegen des „Vorwärts"-Interviews.

Die italienischen Blätter haben nur einen ganz oberflächlichen und tendenziösen telephonischen Auszug aus den Erklärungen veröffentlicht, die der frühere Ministerpräsident Francesco Nitti in der vergangenen Woche dem „Vorwärts" abgegeben hat. Insbesondere wurden alle Hinweise auf das gute Verhältnis zwischen der italienischen Regierung und den Südtirolern vor dem Faschismus sorgfältig unterschlagen, obwohl diese Stelle offenkundig zu den wichtigsten dieses Interviews gehörte.

Um so gemeiner und gehässiger sind die Kommentare und Ueberschriften, mit denen die Faschistenpresse — eine andere gibt es eigentlich kaum mehr — jene Telegramme versieht. „Nitti der Schamlose" lautet die Ueberschrift des „Popolo d'Italia". „Impero" ruft aus: „Elende Schweinspresse!" Die „Tribuna" erklärt, daß das „Vorwärts"-Interview zu den bereits vorliegenden Nitti-Akten gelegt werden und als Material für die Anwendung des Antiemigrantengesetzes gegen den früheren Ministerpräsidenten dienen würde. „Messagero" wirft Nitti vor, er ergreife gegen sein Vaterland die Partei des Gegners. Und, um diese kleine Auslese abzuschließen, sei noch die sehr konkrete Drohung der „Roma Fascista" erwähnt.

„Warte nur ein wenig! Paris liegt nicht am Nordpol."

Der gegenwärtige Senatspräsident Tittoni, der übrigens jetzt gegenüber dem weggelassenen Mussolini eine recht klägliche Rolle spielt, hat vor nicht allzu langer Zeit erklärt, er erachte es als unwürdig, auf Angriffe der Faschistenpresse zu antworten, denn **ihre Sprachweise sei gar zu niederträchtig. Diesem Urteil wird man sich nur anschließen können.**

Kunst des Volkes.

Arbeiter stehen vor den Bildern, Frauen mit Kindern auf dem Arm, Männer, die von der Arbeit kommen und noch Einkäufe gemacht haben, Proletarier sitzen an den Tischen und blättern in den ausgelegten Zeitschriften und in den Büchern, die Zille und Käthe Kollwitz, die Zeichner des Volkes, behandeln. Nur hin und wieder ein Mensch aus dem Westen, ein Künstler oder ein Kenner, der erschüttert diese sozialen Anklagen betrachtet, diese von Leid und Entbehrung zerrissenen Gesichter, die aus den Bildern Nagels, Wollheims oder Baluschecks starren. Diese Ausstellunn ist kein gesellschaftliches Ereignis, sie findet nicht im Westen statt, diese Bilder hängen nicht in Räumen, die sich durch Helligkeit und bequeme Klubsessel auszeichnen, sie bilden keinen Gegensatz zu ihrer Umgebung, und niemand kann sagen: „Ich danke dir, daß ich nicht so bin wie diese." In einem kleinen Raum des Warenhauses Stern in der Chausseestraße, abends von drei Lampen fahl beleuchtet, sind die Bilder zusammengedrängt. Und über dem Eingang könnte der Vers aus Dantes Göttlicher Komödie stehen. „Ihr, die ihr eintretet, laßt alle Hoffnung hinter euch!" Man muß an billigen Weißwaren vorbei. Einige stehen davor und kaufen, an Teppichen und Läufern, die persische Muster nachahmen, ehe man den Raum erreicht. Diese Bilder hängen in der Umgebung, die sie darstellen, und Menschen betrachten sie, die ihr Leid und ihre Aengste hier wiedergespiegelt finden. Tiefstes soziales Empfinden, Mitleid und rücksichtslose Anklage leben in diesen Bildern der Kollwitz, Zille, Sandkuhl und Dix. Schonungslos fällt hier die Maske. Die Wahrheit ist schrecklich, niederdrückend. Hier ist keine Retusche, kein Verschönern. Die Ausstellung ist wie ein einziger Schrei der Empörung, der denen in die Ohren klingen soll, die sich satt und zufrieden der Not des Volkes verschließen.

Die ungetreuen Stadtinspektoren.

Unterschlagungen bei den Steuerämtern.

Die Unterschlagungen beim Berliner Magistrat, über die wir in der heutigen Morgenausgabe kurz berichteten, sind nach den neuesten Feststellungen umfangreicher als zuerst angenommen wurde. Im Interesse der Ermittelungen war bisher von einer Veröffentlichung Abstand genommen worden. Die Nachforschungen, die auf Grund einer anonymen Anzeige eingeleitet wurden, richteten sich nicht nur gegen den Stadtinspektor Ernst Gerhardt aus der Kleinen Frankfurter Str. 3, sondern auch gegen die Inspektoren Gottfried Schulz aus der Mittenwalder Str. 15 und Simon, die bei den Bezirksämtern Berlin-Mitte, Kreuzberg und Friedrichshain beschäftigt waren.

Die drei Inspektoren, noch junge, aber verheiratete Männer, die miteinander befreundet waren, hatten bei Veräußerungen von Grundstücken die Grunderwerbssteuer festzusetzen. Sie werden beschuldigt, die Käufer in ihre Dienstzimmer bestellt und dort von ihnen „entgegenkommenderweise" **sofort die Grunderwerbssteuer, die sie festsetzten, zum Teil auch mit Nachlässen, eingezogen und die Beträge in ihre Tasche gesteckt zu haben. Alle Belege sollen sie vernichtet haben,** so daß ihr Treiben lange unentdeckt blieb. Als durch die anonyme Anzeige die Veruntreuungen ans Licht kamen, verschwand Gerhardt sofort aus seinem Amtszimmer im Lehrervereinshaus. Schulz folgte ihm am nächsten Tage. Simon wurde festgenommen, wegen Mangel an Beweisen aber von der Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt. Er befindet sich in seiner Wohnung. Gerhardt und Schulz werden jetzt von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich gesucht. Gerhardt ist am 27. Juni 1899 in Berlin geboren. Er ist 1,70 Meter groß und schlank und hat ein blasses, krankhaftes Aussehen, dunkle Augen, schwarzes Haar und einen kleinen Schnurrbart. Während er früher eine kleine Wohnung besaß, hatte er sich neuerdings in der Kleinen Frankfurter Str. 3 für einen Abstand von 6000 M. eine größere verschafft. Hier hat er seine Frau mittellos zurückgelassen. Die Wohnung wurde vom Wohnungsamt beschlagnahmt. Schulz, der in der Mittenwalder Str. 15 wohnte, ist dorthin ebenfalls nicht zurückgekehrt. Er wird beschuldigt, Gerhardt Beihilfe geleistet zu haben. Schulz war auf dem Bezirksamt Friedrichshain beschäftigt. Er ist am 13. August 1899 ebenfalls in Berlin geboren. Er ist schlank, hat ein längliches Gesicht, graubraune Augen und dunkles Haar. **Die Höhe der Veruntreuungen festzustellen ist sehr schwierig,** ebenso die Herbeischaffung des Beweismaterials. Die Bücher und Akten müssen gründlich geprüft werden. Haussuchungen, die von Kriminalbeamten in den Wohnungen der Verschwundenen und auch bei Simon vorgenommen wurden, förderten nichts zutage. Die vorläufige Festnahme Simons konnte deshalb auch nicht aufrechterhalten werden. Simon wurde jedoch seines Dienstes enthoben. Zur Klärung wird es erforderlich sein, alle Grundstücksverkäufe festzustellen und nachzuprüfen. Verkäufer und Käufer, die mit Gerhardt, Schulz und Simon zu tun gehabt haben, werden gut tun, sich selbst bei Kriminalkommissar Herber, 4. Kriminalbezirk des Polizeiamts Mitte, zu melden.

*

Heute früh teilte, wie wir erfahren, die Reichsbahndirektion mit, daß der Reisepaß des flüchtigen Gerhardt am Morgen des 10. Februar im Nachtschnellzug Berlin-Köln auf dem Charlottenburger Hauptbahnhof gefunden worden sei. Es besteht demnach die Möglichkeit, daß Gerhardt sich augenblicklich in Berlin aufhält, daß er in der betreffenden Nacht den Kölner Schnellzug benutzt und dort seinen Reisepaß vergessen hat. Wahrscheinlicher ist es allerdings, daß das Ganze eine Finte vorstellt, um die Polizei irrezuführen, daß Gerhardt durch irgendeinen Bekannten den Paß in den Zug hat bringen lassen. Die weiteren Untersuchungen werden hoffentlich bald die Angelegenheit klären.

Generalversammlung der SAJ. Groß-Berlin.

Die Sozialistische Arbeiterjugend hielt am vergangenen Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung ab, die von dem Aufstieg und der inneren Festigkeit der Organisation Kunde gab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Gen. Ludwig Diederich, gab der Jugendsekretär, Gen. Bruno Lösche, den Geschäftsbericht vom verflossenen Jahre. Am Anfang des Jahres hatte die Organisation 67 Gruppen in Groß-Berlin, am Ende 74 Gruppen mit 2665 Mitglieder (63,98 Prozent männliche, 36,02 Prozent weibliche). Die Arbeit des verflossenen Jahres gipfelte in der Beteiligung der Berliner am Hamburger Jugendtag. Durch den Zustrom junger Mitglieder wurde es notwendig, Schulungskurse einzurichten. — Etwas vollkommen Neues in der Organisation stellen die Ausschüsse des Bezirksvorstandes dar, die das Organisationsleben stark befruchtet haben und deren Obleute im Anschluß an den Geschäftsbericht ihre Ergänzungsberichte erstatteten. — Von besonders intensiver und fruchtbarer Arbeit berichtete der Bildungsausschuß. Im vergangenen Jahre wurden Bildungs-, Funktionärkurse und Schulungstage abgehalten. In einer Vortragsreihe behandelten wir das Verhältnis der Arbeiterjugend zur Kunst, versuchten weiter durch Vorträge der Jugend die Schätze der Literatur näherzubringen. Auf die Fortführung dieser Arbeit übergehend, fordert der Berichterstatter, daß sie künftig noch mehr als bisher berücksichtigt werde, daß die Arbeiterjugend zweifache **Bildungsarbeit zu leisten habe: Massenbildung und Führerbildung,** um wirklich brauchbare Kräfte und eine starke Führergeneration für die Arbeiterschaft heranzubilden. — Daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper leben kann, hat auch unsere Jugend klar erkannt, denn auch das Wandern und Spielen werde in ihrer Organisation gepflegt. Im Laufe des Jahres soll eine Reihe von Ferienfahrten stattfinden, um den Jugendgenossen eine sinnvolle Gestaltung ihrer Urlaubszeit zu ermöglichen. Durch engere Zusammenfassung der Wanderleiter soll ferner versucht werden, das Jugendwandern vorbildlich zu organisieren. — Der Werbeausschuß berichtete von den Vorbereitungen für die kommende Schulentlassung, wo es gilt, in einer großzügigen Werbewoche die Schulentlassenen voll zu erfassen.

In der Aussprache über die Berichte wurde eine ganze Reihe von Fragen erörtert, darunter besonders lebhaft das Verhältnis zwischen Arbeiterjugend und Jungsozialistische Vereinigung und unsere Stellung zu den Reichsbanner-Jugendgruppen sowie die Erwerbslosenfrage. Nach Erledigung der vorliegenden Anträge erfolgten die Neuwahlen zum Bezirksvorstand, die eine Wiederwahl der meisten bisherigen Mitglieder ergab. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Gen. Diederich, zu Jugendvertretern die Genossen Georg Albrecht, Karl Birnbaum, Marie Junker, Arthur Reichardt, Karl Teich, Richard Jänkner. Parteivertreter sind die Genossen: Rudolf Abraham, Felix Fechenbach, Käte Fröhbrodt, Otto Jänichen, Frieda Maether. — Mit dem Liede „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen. Sie war eine wertvolle Etappe für die Sozialistische Arbeiterjugend, die dem einzelnen Kraft und Mut gab zu neuem Wirken und Schaffen.

Kulturpolitik der modernen Demokratie.

Ein Vortrag des Kultusministers.

In einer von der Demokratischen Partei, Bezirk Berlin-Mitte, veranstalteten Kundgebung im ehemaligen Herrenhaus sprach der Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Becker über das Thema „Kulturpolitik der modernen Demokratie".

Im Eingang definierte der Kultusminister Kulturpolitik als das bewußte organisatorische Eingliedern geistiger Kräfte in den Dienst des Volkes. Ein scharfer Unterschied muß zwischen der staatlich geregelten Kulturpolitik und der frei wachsenden Kultur der souveränen Künste jeder Art gemacht werden. Diese frei wachsende Kultur gilt es, in den Dienst der staatlichen Kulturpolitik zu spannen. Kulturpolitik hat nicht unbedingt etwas mit dem Begriff der Demokratie zu tun. Auch in absolutistischen Imperien gab es eine Kulturpolitik, ein Begriff, der allerdings ganz individuell aufzufassen ist. Eine sehr energische Kulturpolitik treibt Frankreich, daß in wesentlichen Zügen der großen Politik durchaus kulturpolitisch eingestellt ist. Zwar ist trotz des Umsturzes in Deutschland der soziologische Aufbau der Gesellschaft der gleiche geblieben. Aber eine neue Seele und damit neue Funktionen erfüllen das Staatsganze. Die kulturpolitische Zentralgewalt hat sich verschoben, die Lagerung der Kompetenzen ist eine völlig andere. Durch die weit ausgreifende Demokratisierung wie auch durch eine gewisse Autonomisierung der Länder ist naturgemäß ein erheblicher zentraler Machtverlust entstanden. Die Interessentengruppen, auf deren Informationen der Staat angewiesen ist, haben einen weit erheblicheren Einfluß erhalten. Dazu kommt die Machtsteigerung der Parteien, die auch auf der starken Umlagerung der soziologischen Schichtung des deutschen Volkes beruht. Dr. Becker erwähnte hier u. a. die Kirche, die eine sehr erhebliche Aktivität in ihrem Sinne entwickle.

Jede Kulturpolitik in Deutschland ist nur die des Kompromisses. Es fehlt die Möglichkeit, dem republikanischen Staat eine einheitliche kulturelle Physiognomie zu geben. Der republikanische Gedanke hat noch nicht die suggestive Kraft wie der des früheren Staates, weil das monarchistische Kraftzentrum einheitlicher eingestellt war. Es fehlt der Republik an Liebenswürdigkeit. Das alte System operierte mit Orden, Repräsentationen und ähnlichen Schmeicheleien. Die Wirkungskraft dieser Popularisierungsmittel darf nicht unterschätzt werden. Der demokratische Parlamentarismus hat natürlich zu einer Komplizierung des Verwaltungsapparates geführt. Wichtiger aber als Beamtenabbau ist der Mißtrauensabbau. Unser Programm muß sein: der Gesinnungsschnüffelei nicht Tür und Tor zu öffnen, dabei aber unbedingt die Autorität der Republik zu wahren. Kultusminister Becker spielte dann auf den Fall Schillings an, indem er es als äußerst unbillig bezeichnete, wie die Mitarbeiter des Ministers von einer gewissen Presse (gemeint ist die Rechtspresse) durch den Schmutz gezogen worden seien. Die entscheidende Waffe der Reaktion gegen alle modernen Ideen ist die Finanzfrage. Der Kultusetat zwar betrug 1913 293, im Jahre 1926 550 Millionen. 1913 machte der Kultusetat aber 21 Proz. des Gesamtetats aus, im Jahre 1926 jedoch nur noch 16,8 Proz. Wir müssen zu einem einheitlichen kulturellen Willen und zu kulturpolitischer Duldsamkeit kommen. Das Reichsschulgesetz darf weder konfessionell noch simultan sein. Notwendig ist weiterhin eine einheitliche Bildung unter Berücksichtigung der Differenziertheit der modernen Lebensverhältnisse. Keine aggressive, sondern suggestive Kulturpropaganda! Kulturelle Internationalität und Wiederaufbau der sozialen, geistigen, wissenschaftlichen Beziehungen zum gesamten Ausland ist dringende Notwendigkeit. Die Durchsetzung der Kultur mit Locarno-Geist ist Voraussetzung der gesamtstaatlichen Entwicklung.

Die ostpreußische Schupo.

Die ostpreußische Schupo, die gestern, wie gemeldet, in Berlin eintraf, hat auf der sehr stürmischen Seefahrt leider ein Todesopfer zu beklagen. Ein großer Teil der Mannschaft litt unter der Seekrankheit, der der Schupowachtmeister Jeschke aus Lyck infolge Herzschlages zum Opfer fiel. Seine Leiche verblieb in Stettin, von wo sie nach Ostpreußen übergeführt wird. Gleich nach der Ankunft auf dem Lehrter Güterbahnhof wurde die Verteilung der Schupomannschaften vorgenommen. Treptow und Neukölln wurden zwei Bereitschaften zugeteilt, eine berittene Bereitschaft kam nach der Friesenstraße. Weißensee und Reinickendorf erhielten je eine und Berlin (Karlstraße) eine halbe Bereitschaft. Die Mannschaften werden zunächst nur für den Bereitschaftsdienst verwendet, da sie noch nicht für den Berliner Straßendienst geeignet sind. Nach und nach werden sie für Berliner Verhältnisse ausgebildet, so daß die ostpreußische Schupo später auch in der Lage ist, den schwierigen Straßendienst, zu dem auch der Verkehrsdienst kommt, auszuüben.

*

Der Umstand, daß gestern abend bei dem Empfang der aus Ostpreußen kommenden Schutzpolizei auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof auch die Presse nicht zugelassen war, hat starkes Befremden erregt. Wie jetzt bekannt wird, soll der Herr Bahnhofsvorsteher des Hamburg-Lehrter-Güterbahnhofs verfügt haben, daß weder Zivilpersonen noch Presseangehörige zugelassen werden. Volle Aufklärung durch die Reichsbahndirektion Berlin wird hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen, denn man kann sich nicht gut vorstellen, daß ein Güterbahnhofsvorsteher sich anmaßen darf, die Presse auszuschließen.

Der Reichsbund Deutscher Mieter veranstaltet heute um ½8 Uhr in den „Blüchersälen", Blücherstr. 61, eine große Kundgebung über den Kampf um ein soziales Wohnungsrecht. Genosse Ruben spricht. Gäste willkommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 18. Februar: Obleute der Kommunalen Kommission abends 7 Uhr im Restaurant zur Schweizerhöhe, Kottbusser Damm 104, Sitzung. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Gewerkschaftshetze.

Die tägliche Hetze gegen die Gewerkschaften in der kommunistischen Presse, die meist in die Form von Angriffen gegen den ADGB. und die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften gekleidet ist, hüllt sich mitunter auch in ein scheinbar sachliches Gewand.

Der Aufruf des ADGB. und des AfA-Bundes für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen enthält den Hinweis, daß die Gewerkschaften bei der jetzigen Krise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt haben, die sich für die Arbeiter und Angestellten daraus ergebenden Schäden zu mildern oder zu beseitigen. Daran anschließend wird an die gesetzlichen Rechte der Betriebsräte bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Werksbeurlaubungen und von Kurzarbeit sowie bei Betriebsstillegungen erinnert und betont, daß die Gewerkschaften nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren können.

Die „Rote Fahne" zitiert diesen Absatz des Aufrufs wörtlich, um daraus einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten zu konstruieren. Jeder Gewerkschafter und Betriebsrat wisse, daß die in dem Aufruf erwähnten gemeinsamen Aufgaben nur dann erfolgreich gelöst werden könnten,

„wenn die Betriebsräte auch das Recht erhalten, über die von Gewerkschaften und Betriebsräten einzuschlagende Taktik zur Abwehr der Schäden der Wirtschaftskrise und der Unternehmeroffensive innerhalb der Gewerkschaften mitzubestimmen. Dieses Recht müssen sich die Betriebsräte erkämpfen."

In Wirklichkeit weiß jeder Gewerkschafter wie jeder gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat, daß er als Mitglied seiner Organisation über deren Taktik mitzubestimmen hat, daß die Delegierten der Ortsverwaltungen bzw. der Mitgliederwahlkreise auf den Verbandstagen die Taktik des Gesamtverbandes zu bestimmen haben und die Vertreter der einzelnen Verbände auf den Gewerkschaftskongressen die Taktik des ADGB. und des AfA-Bundes.

Während jedoch die Gewerkschaften die Betriebsräte nicht als einen eigenen Organisationskörper betrachten, da ja die Betriebsräte zum größten Teil aus Gewerkschaftsmitgliedern bestehen, geht die kommunistische Taktik zur „Eroberung der Gewerkschaften" für die kommunistische Partei darauf aus, die Betriebsräte als besondere Organisationen herauszubilden, sie gleich den Erwerbslosen als Sturmbock gegen die Gewerkschaften zu benutzen. Zu ihren recht durchsichtigen Zwecken sucht die KPD. den Betriebsräten die Auffassung zu suggerieren, sie müßten von den Gewerkschaftsvorständen verlangen, daß ihnen weitgehende Rechte innerhalb der Organisation zugestanden würden und die Industriegruppenweise Zusammenfassung der Betriebsräte erfolgen müsse.

„Die freigewerkschaftlichen Mitglieder der Betriebe werden die neuzuwählenden Kandidaten dahingehend verpflichten müssen."

Nun die nicht kommunistisch gebundenen Gewerkschaftsmitglieder werden sich nicht vorschreiben lassen, ihre Betriebsrätekandidaten zu verpflichten, gegen ihre Gewerkschaften zu arbeiten, sondern mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Angestelltenversicherung und Arbeitslosigkeit.

Antrag der SPD.-Fraktion des Reichstags.

Der AfA-Bund übermittelte dem Reichsarbeitsministerium am 13. November vorigen Jahres eine Eingabe, in der er den Reichsarbeitsminister ersuchte, auf Grund Ziffer 5 des § 170 des Angestelltenversicherungsgesetzes zu bestimmen, daß die Zeit der Erwerbslosigkeit auf die Erhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung angerechnet wird.

Trotz wiederholter Erinnerungen hat sich das Reichsarbeitsministerium noch nicht in zustimmendem Sinne geäußert. Auf Veranlassung des AfA-Bundesvorsitzenden S. Aufhäuser hat nunmehr die SPD.-Fraktion des Reichstages einen Antrag Aufhäuser, Giebel und Genossen eingebracht,

„den Herrn Reichsarbeitsminister zu ersuchen, von der ihm nach § 170, letzter Absatz des Angestelltenversicherungsgesetzes zustehenden Befugnis zugunsten der stellenlosen Angestellten Gebrauch zu machen und zu bestimmen, daß für die Zeit der Stellenlosigkeit eine Anrechnung von Beitragsmonaten zur Erhaltung der Anwartschaft stattfindet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen."

Wir sind der Auffassung, daß sich für die Annahme dieses Antrages eine Mehrheit finden muß, wenn die Angestelltenvertreter der bürgerlichen Verbände, die anderen Parteien angehören, sich für diesen Antrag einsetzen.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Amtlich wird gemeldet: Die Arbeitslosigkeit hat auch im Baugewerbe einen bedrohlichen Umfang erreicht. Eine Besserung der Lage des Baugewerbes ist zu erreichen, wenn alle in Betracht kommenden Stellen sich entschließen, die Bauarbeiten, die jetzt schon ausführbar sind und in kurzer Zeit doch ausgeführt werden müssen, sofort in Angriff zu nehmen. Das sind vor allem die Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude, die von der Witterung nicht allzu sehr beeinflußt werden. Die sofortige Inangriffnahme solcher Arbeiten liegt im Interesse aller Beteiligten. Es liegt aber auch im allgemeinen Interesse, die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge zu vermindern. Dieser Gesichtspunkt muß für Reich, Länder und Gemeinden, die Bauarbeiten zu vergeben haben, von besonderem, ja ausschlaggebendem Interesse sein.

Branchenversammlung der Musikinstrumentenmacher.

Die Musikinstrumentenarbeiter hatten am Dienstag in Kilians Festsälen ihre Jahresmitgliederversammlung. Den Bericht für das Geschäftsjahr 1925 gab der Branchenleiter Genosse Wilms. Außer 234 verschiedenartigen Differenzen, die durch Verhandlungen beigelegt wurden, kam es zu Arbeitsniederlegungen in neun Fällen, die für die Arbeiter von Erfolg waren. Durch die Quertreiberei der Unternehmer konnte der am 27. Juni gekündigte Reichsmantaltarif wie auch der am 4. August gekündigte Lohntarif nicht erneuert werden, so daß jetzt für die Branche weder ein Lohn- noch ein Mantaltarif besteht. Nach dem Scheitern der Vertragsverhandlungen versuchten die Unternehmer, in ihren Betrieben Lohn- und Akkordabzüge vorzunehmen. Da diese Absichten an dem Widerstand der Unternehmer scheiterten, die in fünf Betrieben zum Abwehrstreik übergingen, griffen die Unternehmer zu dem jetzt so beliebten Mittel der Stillegungen. Es stellten 30 Firmen Stillegungsanträge, die auch in fast allen Fällen genehmigt wurden. Ueberhaupt wird die Stillegungsverordnung von den Behörden fast nur zugunsten der Unternehmer ausgelegt. Die Beschäftigung war in der Branche in der ersten Hälfte des Berichtsjahres verhältnismäßig gut. Sie ließ aber merklich nach, als am 1. Juli die englischen Zölle in Kraft traten, die ja auch nur wieder eine Gegenmaßnahme auf die deutschen Schutzzölle sind. Zurzeit hat die Branche unter einer überaus starken Arbeitslosigkeit zu leiden. Am 1. Januar 1925 waren auf dem Arbeitsnachweis 119 Arbeitslose eingetragen, im Dezember 1275 und im Januar dieses Jahres bereits 1817. Der Redner ermahnte die Versammelten zum Schluß, trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise weiter rege für die Organisation zu werben, um zu den bei besserer Konjunktur unausbleiblichen Kämpfen gerüstet und organisatorisch geschlossen zu sein. Die Diskussionsredner der Opposition zogen gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den Zentralvorständen und im ADGB. los. Zur Behebung der Wirtschaftskrise wurde die Parole: ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß, der Generalstreik und dergleichen mehr empfohlen. Der stellvertretende Branchenleiter Dorn wie auch der Referent in seinem Schlußwort wiesen nach, wieviel oder wie wenig von dem Gerede zu halten sei.

Bei den folgenden Wahlen der Branchenkommission erhielt die Liste Wilms 401, die Liste Wagenführ (Opposition 422 Stimmen, so daß die Besetzung der Branchenkommission je zur Hälfte aus Anhängern beider politischen Richtungen bestehen wird. Dieses Wahlergebnis ist auf den verhältnismäßig schwachen Versammlungsbesuch zurückzuführen. Für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden zwei geschlossene Listen eingereicht.

Betriebswohlfahrt in Amerika.

Nicht Korruptionsmittel, sondern für Leistungssteigerung.

In den amerikanischen Industrie- und Handelsbetrieben, die in großem Umfang Wohlfahrtseinrichtungen unterhalten, gelten diese Einrichtungen nicht als „Wohltätigkeit", als ein mildtätiges Geschenk des Unternehmers an den Arbeiter, sondern man hat erkannt, daß von dem körperlichen und seelischen Wohlbefinden des Arbeiters der Arbeitserfolg und damit natürlich auch die Rentabilität des Unternehmens abhängig ist. Daher sind dort Betriebswohlfahrtsabteilung und Personalverwaltung eng miteinander verwachsen. Die Aufgaben der Personalabteilung erstrecken sich außerdem auch auf die zweckmäßige Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei der Arbeit selbst. In einem Bericht der deutschen Fabrikpflegerin Gobbin über die amerikanische Fabrikpflege, die sie selbst drüben studiert hat, wurde betont, daß der amerikanische Unternehmer um so mehr Personalpolitik treibt, je schlechter das Geschäft geht, daß er einen Rückgang seines Betriebes zunächst darauf zurückführt, daß die Arbeitsbedingungen nicht nur technischer, sondern auch psychologischer Art nicht auf der Höhe sind.

Wir finden z. B. in dem Betriebe der National Cash Register Co. in Dayton Fahrstühle nicht nur die Lasten oder für die leitenden Angestellten, sondern vor allem für die Arbeiter, da die Fabrikleitung in ihrem eigenen Interesse dem Arbeiter das ermüdende Steigen sehr hoher Treppen viermal am Tage ersparen will. An allen Arbeitsplätzen befinden sich zweckmäßige Stühle mit Rückenlehnen, was besonders für die weiblichen Arbeiter bei der Arbeit von großer Wichtigkeit ist. Soweit es technisch irgend möglich ist, wird die Arbeit im Sitzen verrichtet. Die Arbeitsräume sind in bezug auf Heizung, Beleuchtung, Sauberkeit, Staubabsaugung in der Schleiferei usw. mit den modernsten technischen Einrichtungen versehen. Für die Arbeiterinnen sind an jeden Arbeitssaal Ruheräume angebaut, die sie während der Pausen benutzen können. Daß nur acht Stunden mit genügenden Pausen gearbeitet wird, ist selbstverständlich.

Da der Umfang der dem Unternehmer gesetzlich auferlegten Leistungen in Amerika viel geringer ist als bei uns, — es gibt dort z. B. keine obligatorische Krankenversicherung, — rechnen auch eine ganze Reihe Einrichtungen dort zur Wohlfahrts- oder Personalpolitik, die bei uns der staatlichen Kontrolle unterliegen. Andererseits ist man in einigen Betrieben sehr stolz auf Einrichtungen, die bei uns mit Recht sehr kritisch betrachtet werden, z. B. die Gewinnbeteiligung und die sogenannten Werkskomitees, die sich von unseren Betriebsräten dadurch unterscheiden, daß sie ganz ausgesprochen als Mittel gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgespielt werden. Wenn der leistungssteigernde Einfluß von Gewinnbeteiligung und sogenannter demokratischer Werkverwaltung von einigen amerikanischen Unternehmern immer wieder betont wird, so muß man sich dadurch nicht darüber täuschen lassen, daß dies nur solange gut geht, solange die organisierte Arbeiterschaft drüben noch nicht die Macht darstellt, wie bei uns. Sie ist ja dadurch auch dem Mißbrauch solcher Einrichtungen frei ausgeliefert und spürt den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterorganisationen nur darum noch nicht so stark am Leibe des einzelnen, weil Menschenkraft drüben immer noch sehr teuer ist und daher hohe Löhne bezahlt werden müssen. Alle diese Einwände gelten auch für die Uebertragung amerikanischer Verhältnisse auf Deutschland, z. B. für den Betrieb der National Cash Co. in Neukölln, der produktionstechnisch zwar sehr fortgeschritten ist, aber in bezug auf die Stellung der Arbeiterschaft als Ganzes nicht unserem heutigen sozialen Empfinden entspricht.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Eine englische Arbeiterhochschule.

Vor kurzem hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften das Geschenk der Gräfin Warwick, die der Labour Party angehört, entgegengenommen und sich entschlossen, das alte historische Schloß der Familie Warwick in eine gewerkschaftliche Hochschule umzuwandeln. Der offizielle Pressedienst der Labour Party und der Gewerkschaften teilt nunmehr die nachfolgenden interessanten Einzelheiten über die Vorgeschichte dieser Schenkung und die weiteren Pläne der englischen Gewerkschaften mit. Die Gräfin Warwick hat das Geschenk nicht in einer plötzlichen Laune gemacht. Schon seit 25 Jahren Mitglied der Arbeiterpartei, hat die Gräfin ihren Familienbesitz „Easton Lodge" seit einer Reihe von Jahren der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt. Es wurden dort Sommerschulen abgehalten, und das Schloß stand als Wochenendaufenthalt Männern und Frauen, die im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sind, zur Verfügung. Gegen ein kleines Entgelt konnten sie sich von den Mühen des Alltags in einem Milieu erholen, das an Großartigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Ein dreihundert Jahre altes Schloß mit getäfelten Wänden und ungezählten kostbaren Einrichtungsgegenständen, die von vielen Generationen hier zusammengetragen und behütet wurden, inmitten eines riesigen Parkes, der einen Teil des uralten Hainault-Forstes bildet, voll von Rasen und Blumenbeeten, ist nunmehr dazu bestimmt, denen zu dienen, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung davon ausgeschlossen waren, die Kultur vergangener Jahrhunderte anderswo als in Museen zu bewundern.

„Der Generalrat," fährt „The Labour Press Service" fort, „hat die allergrößte Aufmerksamkeit darauf verwendet, sich zu fragen, auf welche Weise von diesem großartigen Geschenk am besten Gebrauch gemacht werden könne. Es ist in einem günstigen Augenblick gekommen. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Scarborough hat der Generalrat über seine Bemühungen unterrichtet, einen allgemein annehmbaren Plan für die Vertiefung der Arbeiterbildung auszuarbeiten und zu einer Verständigung mit den verschiedenen Arbeiterbildungsorganisationen, wie Ruskin-College, Labour-College, Nationalrat der Labour-Colleges, der Arbeiter-Erziehungsvereinigung und dem Erziehungskomitee der Genossenschaften zu kommen. Ein Punkt in diesem Plan war die Schaffung eines Erziehungsfonds und die Gewährung einer jährlichen Zuwendung von 2000 Pfund Sterling (40 000 M.) aus eigenen Mitteln, wobei als erstes und nächstliegendes Ziel eine Verbindung und Vereinheitlichung der verschiedenartigen gewerkschaftlichen Bildungsinstitutionen vorschwebte. Dank der großzügigen Schenkung der Gräfin Warwick ist es nunmehr dem Generalrat möglich, den Plan einer zentralisierten Bildungsstätte auf der Basis des Internats in einer Weise zu verwirklichen, die der enthusiastischen Zustimmung der Gewerkschaftsbewegung sicher sein kann."

Augenblicklich werden die Pläne für den Bau eines Studentenwohnhauses und für die Umbauten erwogen, die sich aus der Umwandlung des Schlosses zu einer Gewerkschafts-Hochschule notwendig ergeben. Der Charakter des Hauses soll dabei möglichst wenig angetastet werden. Ferner stehen die verschiedenen Pläne für die Finanzierung des Studienaufenthaltes für die gewerkschaftlichen Hochschüler zur Beratung. Der Generalrat hofft, daß in kurzer Zeit 200 Hochschüler und ein Stab qualifizierter Lehrer in Easton Lodge ihre Arbeiten werden aufnehmen können. „Zum ersten Male in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist die Möglichkeit geboten, eine Hochschule zu errichten, die völlig den Gewerkschaften gehört und von ihnen kontrolliert wird, und deren ausschließlicher Zweck es ist, Gewerkschaftler für den Dienst innerhalb ihrer Organisation zu schulen." Es soll also ein echtes gewerkschaftliches Bildungszentrum geschaffen werden. Die Universitätsmethoden sollen Anwendung finden, soweit sie sich dem Zwecke dieser Hochschule anpassen lassen, und das College soll mit einem Lehrkörper und allen Lehrmitteln in einer Weise ausgestattet werden, die eine wirkliche Erziehungsarbeit ermöglicht. Ein großer Teil der erforderlichen Lebensmittel für die Studierenden wird aus den landwirtschaftlichen Betrieben von Easton Lodge geliefert werden. Der Park soll für Spiele und Erholungsstunden der Arbeiterstudenten dienen. Die Rasen und Blumengärten, das Schloß selbst und der Hof werden dieser Arbeiterhochschule einen ebenso schönen und gepflegten Rahmen verleihen, wie ihn etwa die alten Universitäten von Oxford und Cambridge besitzen. Der fähige und ehrgeizige junge Gewerkschaftler wird hier für seine künftige Arbeit unter idealen äußeren Bedingungen geschult werden, ohne die Fühlung mit seiner Klasse zu verlieren und in die Versuchung geführt zu werden, ein Snob oder Parasit der Wohlhabenden zu werden.

Der Generalrat hat seine Mitglieder aufgerufen, Mittel aufzubringen, die eine baldige Eröffnung der Arbeiterhochschule ermöglichen. Dazu sind schätzungsweise 50 000 Pfund Sterling (eine Million Mark) nötig, und man hofft, daß der so oft von der Arbeiterschaft bewiesene Idealismus in kurzer Zeit den Generalrat instandsetzen wird, seinen großen Plan durchzuführen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Guttmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 65 6
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Stein der Weisen
Die ideale Nagelpflege
überall erhältlich
KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

Putzwolle, Putzlappen, Schleiftuche
haben abzugeben
Gebr. Holzinger,
Tel.: Neukölln 4545/47

Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert

billigst.
Großer Vorrat
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
kein Ladengeschäft.
Keine Schaufenster-Reklame, daher wesentlich billigere Preise

Inserieren
bringt ERFOLG!

Küchen
mit | weiß lackiert
Küche Lottchen . 42.00 | 60.00
Küche Adele . . . 70.00 | 125.00
Küche Hermine . 85.00 | 135.00
Riesenauswahl roher, lackierter, ölierter Küchen und einzelner Schränke, jetzt enorm billig!
Kleiderschränke
50 cm | 1.80 cm
roh . . . . . 40.00 | 55.00
weiß . . . . . 55.00 | 70.00
Ausstellung westfälischer Küchen von 175.00 bis 750.00.
Direkt aus der in
Küchenmöbelfabrik
Joseph Himmel
Norden 10 824
Lothringer Straße 22
(Chorhauser Torf.)

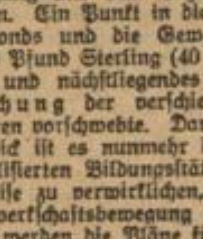
Ischias
[illegible]

Wissen ist Macht!
Drum lies die
URANIA
Gratis Prospekte durch d. Annahmest. und die Bezirksfrauen des „Vorwärts" sowie durch die Buchhandlung
J. H. W. Dietz Nachflg.
Lindenstr. 3 Laden.

Möbel
Speise- Herren- Schlaf- Zimmer, bekannt gut und billig.
Neugebauer
CHARLOTTENBURG
Besichtigen Sie mein reichhaltiges Lager.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1.
Nähe Tauentzienstraße

Korbmöbel! Sonderangebot!



An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Mendelssohnstr. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32 1 Treppe
Versand nach auswärts frei o.

Gegr. 1891.
Stepp- u. Daunen-Decken
kaufen Sie bei uns ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin
Wallstr. 12 (Unterpfandbahn Inselbrücke)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Gertraudstr.
und Westen, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Reparat. jeder Art. Illustr. Preiskatalog gratis.